Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Privatseite 40 Pfg., auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeile 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pf. berechnet.

Berufsrechnung: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Schokoladen, Kakaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Dresden-Altst. **B. A. Müller** Prager Str. 32
Königlich Sächsischer Hoflieferant
Galanterie-, Sport- u. Spielwarenhaus
Masken und Maskenschmuck.
Fröbelsche Beschäftigungen, Gesellschaftsspiele. Schneeschuhe. Schlitten. Rennwolfe.

PHOTOGRAPHIE KIRSTEN
TAGESLICHT — ELEKTR. LICHT
BAUTZNER STRASSE 12.
GEGRÜNDET 1867. STRASSENBAHN-HALTESTELLE: BAUTZNER STR. — KURFUERSTEN-STR.

Masken- und Theatergarderoben-Verleih-Institut
Max Jacobi Nachf. E. Müller & Co.
Dresden-A., Galeriestrasse 22, Fernsprecher Amt I, No. 8603
ältestes und anerkannt gediegenstes Geschäft dieser Branche
halten sich bei Bedarf bestens empfohlen.
Grösste Auswahl. Zivile Preise. Katalog gratis und franko.

Fabrik feiner Lederwaren. Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Reise-Artikel. **Adolf Näter** Grösstes und vornehmstes Lederwaren-Spezial-Geschäft 26 Prager Strasse 26.

Nr. 31. Spiegel: Bayerische Kammer. Wahlrechtsreform. Hofnachrichten. Eidgrab und Feuerbestattung. Gerichtsverhandlungen. Aufstand in Afrika. Börsenwochenbericht.

Mutmaßl. Witterung: Mild, veränderlich. **Sonntag, 31. Januar 1904.**

Dresdner Nachrichten
Gegründet 1856

Jeder Leser
in Dresden und Vororten kann sich täglich davon überzeugen, dass er
von keinem anderen Dresdner Blatt
fortlaufend über alle wichtigen Tagesereignisse
so schnell unterrichtet
wird, wie von den
täglich 2 Mal
erscheinenden „Dresdner Nachrichten".
Sie bieten ihren Lesern vor allen Dresdner Blättern
ununterbrochen das neueste.
Beginn der neuen Bezugszeit
an jedem Tage.

Die Präsidentenkrisis in der bayrischen Kammer.

Die beschlagnahmte Nummer des Münchner Witzblattes „Simplicissimus", die eine Satire gegen die Zentrumspolitik enthielt, hat in der bayrischen Abgeordnetenkammer eine Präsidentenkrisis zu Wege gebracht, mit dem Effekt, daß sich das Kammerpräsidium seiner liberalen Bestandteile entledigt und seinen ultramontanen Charakter zu vollem Ausdruck gebracht hat. Die Präsidentensessel der Volksvertretung Bayerns zieren jetzt nur noch Größen des bajuvarischen Klerikalismus und damit ist die Herrschaft der Ultramontanen in dem zweitgrößten deutschen Bundesstaate noch deutlicher als zuvor zur Erscheinung gelangt.

Die Frage, ob der Artikel, dessenwegen das genannte Witzblatt beschlagnahmt worden war, in der Abgeordnetenkammer verlesen werden dürfe oder nicht, hat den Anstoß zu der Präsidentenkrisis gegeben. Der seitherige liberale Vizepräsident von Leistner, Bürgermeister der Stadt Straubing, hatte die Verlesung der konfiszierten Artikel durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Segitz zulassen wollen, aber der Präsident, der Zentrumsführer Dr. von Orterer, verhinderte dies, indem er seinem liberalen Stellvertreter den Vorsitz abnahm und die Genehmigung zu der Verlesung verweigerte. Der Sozialdemokrat Segitz appellierte darauf an das Haus. Die erste Abstimmung über die Zulässigkeit der Verlesung blieb in Folge Beschlußunfähigkeit ergebnislos; in der zweiten Abstimmung, die in der nächsten Sitzung vorgenommen wurde, beschloß die ultramontane Mehrheit mit 67 gegen 53 (liberale, bauernbündlerische und sozialdemokratische) Stimmen die Nichtzulässigkeit der Verlesung des „Simplicissimus"-Artikels. Das Votum würde zweifellos anders ausgefallen sein, wenn der fragliche Artikel etwa eine kräftige Verhöhnung der antiklerikalen Politik enthalten hätte. Es ist auch mit Recht daran erinnert worden, daß einst im preußischen Abgeordnetenhause, in der Sitzung vom 18. März 1875, der Zentrumsmann Freiherr von Wendt, die päpstliche Bulle, die zum Widerstande gegen die Maigesetze aufzuwiegeln suchte, verlesen hat, ohne daß ihn der damalige nationalliberale Präsident von Bennigsen daran hinderte. Hätte es sich im vorliegenden Falle lediglich darum gehandelt, die Frage grundsätzlich zu entscheiden, ob eine gerichtlich beschlagnahmte Druckschrift durch die Landtagsverhandlungen verbreitet werden darf, so hätten sich für den Standpunkt der Verneinung wohl sehr gute Gründe geltend machen lassen, zumal der sozialdemokratische Abgeordnete den „Simplicissimus"-Artikel doch nur in der Absicht verlesen wollte, dessen straflose Verbreitung herbeizuführen. Aber der ultramontanen Zentrumsmehrheit in der bayrischen Abgeordnetenkammer kam es nicht sowohl darauf an, der von ihnen vertretenen Auffassung um des Prinzips willen zum Siege zu verhelfen, sondern die Verbreitung der konfiszierten Nummer des Witzblattes zu verwehren, weil es ihr um ihres speziellen Parteiinteresses willen geboten schien, die Zwecke des gegen sie gerichteten Artikels zu vereiteln.

Von sozialdemokratischer Seite wurde in dem Münchner Parlament die Ansicht verfochten, daß durch den Beschluß der Mehrheit, der die Verlesung eines von einem Mitgliede des Hauses als Beweismaterial für seine Ausführungen für nötig erachteten Artikels nicht gestattet, ein bisher unbestrittenes parlamentarisches Recht verletzt worden sei. Solche Bedenken grundsätzlicher Natur haben indes eigentlich den Rücktritt des liberalen Abgeordneten von Leistner von seinem Vizepräsidentenposten nicht herbeigeführt. Der gegen die Verlesung gerichtete Mehrheitsbeschluß des Zentrums konnte dem Vertreter der Liberalen im Kammerpräsidium um so weniger einen triftigen Grund bieten zu demissionieren, als der ultramontane Präsident von Orterer vor der Abstimmung ausdrücklich betont hatte, daß er, falls das Haus gegen ihn stimme, nicht zurücktreten werde, weil der Kammerbeschluß nur als eine neutrale Interpretation der Geschäftsordnung aufzufassen sei. Der Abgeordnete von Leistner hat seinen Verzicht auf die Stelle des Vizepräsidenten ausschließlich mit der brüsken Behandlung begründet, die ihm von dem Präsidenten zu teil geworden ist: er erblickt in der Art und Weise, in welcher ihm der Präsident mitten in einer Verhandlung die Leitung der Sitzung abnahm und seine eigene entgegengesetzte Meinung schroff zur Geltung brachte, eine Herabwürdigung der Stellung des Vizepräsidenten vor der Kammer und dem ganzen Lande und folgert daraus die Unmöglichkeit, mit dem Präsidenten in der Leitung der Kammer fernerhin gedeihlich zusammen zu wirken. Die Ultramontanen haben sich beeilt, sofort den Spieß umzudrehen: nach ihrer Darstellung hat nicht der ihnen zugehörige Präsident von Orterer den liberalen Vizepräsidenten, sondern dieser jenen unangemessen und taktlos behandelt. Vor der Neuwahl des Vizepräsidenten erklärte der Zentrumsführer Dr. von Daller, seine Partei erachte die Begründung der Demission des seitherigen Vizepräsidenten für eine Beleidigung des Präsidenten, wofür Abbitte geleistet werden müsse.

Der Verlauf der Präsidentenkrisis hat sich freilich für die bayrischen Zentrumsleute nicht zu einer Strafe, sondern zu einem neuen Erfolge gestaltet, den sie mit schmunzelndem Behagen einheimsen. An die Stelle des liberalen Vizepräsidenten und des gleichzeitig zurückgetretenen liberalen Schriftführers sind Klerikale getreten, so daß sich das Zentrum nur in der erwünschten Lage sieht, die Geschäfte der Abgeordnetenkammer allein, ohne fremde Mitwirkung und Kontrolle, zu führen. Genieren werden sich die Orterer und Genossen gewiß nicht, diese Alleinherrschaft auszubeuten, um die Tyrannei des bajuvarischen Ultramontanismus noch zu festigen und zu erweitern. Deshalb ist der Wechsel in der Vertretung der Vizepräsidentschaft politisch keineswegs so belanglos, wie es die Zentrumspartei hinstellt, um ihre Genugtuung über den Erfolg zu verdecken, den sie durch ihr terroristisches Verfahren gegen ihre Gegner erstritten hat. Die Liberalen hätten vielleicht besser getan, durch die Demission ihres Vizepräsidenten den Ultramontanen zu solchem Erfolge nicht zu verhelfen. Als einst im Reichstage von Levetzow das Präsidium niederlegte, in der gerechten, vom Kaiser und von der nationalen Mehrheit des deutschen Volkes geteilten Entrüstung, daß die von dem Zentrum geführte Reichstagsmehrheit dem Fürsten Bismarck den Glückwunsch zu dessen 80. Geburtstage verweigerte, da hatte dies zur Folge, daß an Stelle eines konservativen ein ultramontanes Präsidium trat. Und seitdem hat das Zentrum ununterbrochen die Stelle des ersten Präsidenten des Reichsparlaments besetzt. Wie damals im Reiche hat auch jetzt in Bayern die Präsidentenkrisis in parteipolitischer Hinsicht gerade die entgegengesetzte Wirkung gehabt, als hätte gewünscht werden müssen. Ein Parallelismus besteht noch insofern, als die Abhängigkeit der Regierung im Reiche vom Zentrum seit dem Rücktritte von Levetzows und dem Uebergang des Reichstagsvorsitzes in die ultramontane Herrschaft beständig gestiegen ist, und als auch jetzt in Bayern infolge des nunmehr ausschließlich klerikalen Kammerpräsidiums der Zentrumseinfluß auf die Regierung wachsen muß. Seit dem Tode des Ministerpräsidenten von Lutz wird in Bayern ein politisch scheinbar möglichst farbloses Regiment geführt, das in Wirklichkeit aber den parlamentarischen Kräfteverhältnissen Rechnung trägt und sich somit den Zentrumsinteressen gefügig erweist. Die Zeiten, in denen die Regierung den Ultramontanen schneidigen Widerstand leistete und selbst in Bayern Kulturkampflust wehte, sind längst vorüber. Die Gnade, die dem Herrn Dr. von Orterer mit der Verleihung des Kronenordens den persönlichen Adel gebracht hat, wird gewiß nicht erlöschen, weil es der Kammerpräsident verstanden hat, seinen seitherigen liberalen Stellvertreter in der Leitung der Geschäfte der Kammer abzuwimmeln und damit die Stellung seiner Partei noch zu verstärken.

Neueste Drahtmeldungen vom 30. Januar.

Zum Herero-Aufstand.

Berlin. (Priv.-Tel.) Von der Entsendung des Landungskorps des Schiffes „Wolf" nach Swakopmund ist Abstand genommen, da der ursprüngliche Befehl hierzu das Schiff infolge seiner augenblicklichen Vermessungstätigkeit an der Nordgrenze des Schutzgebiets Kamerun erst so spät erreicht hat, daß die Einschiffung der Leute auf dem Dampfer „Emilie Woermann" nicht mehr möglich gewesen ist. Mit einem späteren Dampfer würde das Landungskorps des Kanonenbootes „Wolf", im Ganzen 25 Mann, erst nach dem Eintreffen des Marineexpeditionskorps in Swakopmund angekommen sein.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Die zur Abfahrt mit dem Dampfer „Adolf Woermann" für Deutsch-Südwestafrika bestimmten Truppen sind heute früh 6½ Uhr hier eingetroffen und am Bahnhof auf Kosten des Senats bewirtet worden. Von dort wurden die Truppen nach dem Petersen-Kai gebracht, wo die Einschiffung an Bord des Dampfers erfolgte. Gegen 10½ Uhr erschien der kommandierende General des 9. Armeekorps, Generalleutnant von Bock und Polach, an Bord des Schiffes zum Abschied von den Truppen. Gegen 12 Uhr verließ der Dampfer „Adolf Woermann" unter patriotischen Kundgebungen der ausreisenden Mannschaften und der am Kai versammelten Menge den Hafen.

Der Brand von Aalesund.

Hamburg. Der Leiter der Hilfsexpedition der „Phönicia" telegraphierte an die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie: „Die von uns an Land erbaute Volksküche ist jetzt betriebsfähig. Wir haben einiges Kochinventar und Kohlen aus unseren Beständen gegeben. Auch unser Barackenbau schreitet gut vorwärts. Die Bevölkerung beginnt ebenfalls mit der Bautätigkeit. Die Nachfrage nach warmem Unterzeug und Schuhen jeder Art ist sehr dringend. Der dänische Dampfer „Cimbria" ist eingetroffen.

Hamburg. Der Senat beantragte bei der Bürgerschaft die sofortige Bewilligung von 10000 Mark für die in Aalesund Verunglückten.

Bremen. Der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Dr. Wiegand, erhielt aus Aalesund folgendes Telegramm: „Verpflegten gestern 1800, einschließlich Kajüten und Spitale. Hatten 330 Schlafgäste. Unterkunft und Beköstigung auf beiden Dampfern abnehmend. Neptundampfer „Astarte" heimgesegelt. Hoffen nachmittag Uebernahme Kleider und Wäsche, die dringend nötig, beenden. Beschlossen übereinstimmend, falls in Bildung begriffenes Plankomitee Montag wirksam tätig ist, Hilfsaktion womöglich gleichzeitig mit zu beenden, vorausgesetzt, daß genügende Kocheinrichtungen vorhanden. Wenn erforderlich, würde einer unserer Dampfer hier etwa nicht unterzubringende Kranke und Sieche heimreisend nach Bergen bringen. Fregattenkapitän v. Grumme ersucht, Ihnen seine außerordentliche Zufriedenheit mit den Leistungen der „Weimar" auszudrücken."

Bremen. Heute vormittag ging der Neptun-Dampfer „Hero" von hier nach Aalesund in See. Der Dampfer überbringt erhebliche Quanten Kleidungsstücke, Wäsche, Schuhzeug, eine große Menge Baumaterialien, Werkzeug und eine Anzahl Kochherde, darunter einen vom Kriegsministerium zur Verfügung gestellten Feldkoch- und Feld-Backofen. Zahlreiche Zusendungen gingen aus inländischen Plätzen ein.

Aalesund. Unter den Trümmern hat man Ueberreste mehrerer Verbrannter aufgefunden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Das Haus ist schwach besetzt. — Abg. Trimborn (Zentr.) begründet seine Interpellation betr. Vorlegung 1. eines Gesetzentwurfs betr. die Rechtsfähigkeit für Berufsvereine und volle Sicherung des Koalitionsrechts für dieselben, 2. eines weiteren Gesetzentwurfs betr. Errichtung einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiter durch Arbeitskammern zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden auch gegenüber den Staatsbehörden. Redner nimmt auf den Frankfurter Kongreß christlicher Arbeiter Bezug, also solcher Arbeiter, die nicht auf Materialismus, Kollektivismus und Republikanismus eingeschworen seien. Ließe man auch deren berechtigte Wünsche unerfüllt, so würde das vielleicht auch diese Arbeiter in die Reihen der Sozialdemokratie treiben. Das Koalitionsrecht müsse überall im Reiche gleichwertig sein, deshalb sei ein Reichsvereinsgesetz nötig. Es sei eine berechtigte Forderung der Arbeiter, daß ihre Vereine dasselbe Recht genießen, wie Aktiengesellschaften, Genossenschaften, sowie überhaupt Kapitalsvereinigungen. — Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt: Die verbündeten Regierungen sind grundsätzlich nicht abgeneigt, die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen von Arbeitern, die der Gewerbeordnung unterstehen, anzuerkennen, sie als juristische Körperschaften umzugestalten mit denjenigen Rechten und Pflichten, die juristische Personen zu haben pflegen. Die verbündeten Regierungen gehen aber dabei von der Voraussetzung aus, daß in eine derartige Gesetzgebung Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben und in gewissen öffentlichen Anlagen, die dringend wichtige Aufgaben für die Allgemeinheit zu erfüllen haben, nicht einzubeziehen sind. Die verbündeten Regierungen gehen ferner von der Auffassung aus, daß bei einer derartigen gesetzlichen Regelung Vorsorge zu treffen ist, daß auch die Minderheit ausreichend geschützt wird, und daß Berufsvereine sich von dieser eventuellen staatlichen Basis nicht entfernen dürften. Was die Arbeitskammern anlangt, so ist schon in dem Gewerbegesetz ausgeführt, daß die betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung dahin erweitert werden können, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche in friedlicher Weise den Behörden und den Arbeitgebern kundzugeben. Also schon in dem Gewerbegerichtsgesetz durch das Einigungsamt ist ein grundlegender Schritt geschehen. Die verbündeten Regierungen sind bereit, auf dieser Grundlage die Arbeitervertretungen weiter auszubilden, entsprechend der kaiserlichen Botschaft von 1900. Was endlich das Arbeitsamt anlangt, so kann es sich nur darum handeln, das bestehende Arbeitsstatistische Amt weiter auszubilden zu einer selbständigen Behörde. Ob und wann ein derartiger Schritt geschehen soll, wird von den Etatverhandlungen künftigen Jahres abhängen. — Abg. Legien (Soz.) ist von dieser Erklärung nicht befriedigt, weil sie die Regierung in keiner Weise binde und den Zeitpunkt des gesetzlichen Eingreifens völlig unbestimmt lasse. Die Arbeiterschaft habe wenig Vertrauen, daß eine ganze Gesetzgebung von den Mehrheitsparteien ausgearbeitet werde, ihren Wünschen entsprechend. § 152 der Gewerbeordnung werde durch die reaktionären Vereinsgesetze der Einzelstaaten und durch deren Handhabung und Auslegung vollständig illusorisch gemacht. Es liege in der Hand jedes Polizeibeamten, z. B. Frauen aus den Gewerkvereinen hinauszutreiben, indem man diese Gewerkvereine für politische erkläre. Dabei habe erst Crimmitschau so recht gezeigt, wie nötig und berechtigt auch für die Frauen das Vereinsrecht sei. Es sei Pflicht, endlich ein Reichsvereinsrecht zu schaffen. Er habe die begründete Hoffnung, daß die christlichen Gewerkschaften sehr bald zur Einsicht kommen und der sozialdemokratischen Partei beitreten würden. Der Frankfurter